

WIE FUNKTIONIERT DIE WIRTSCHAFT?

DIDAKTIK



ÜBUNGSBLATT 1

Bilden Sie **zwei Teams**. Die Teams haben jeweils die Aufgabe, folgende Tabelle möglichst schnell und vollständig auszufüllen. Jedes Team hat **5 Minuten** Zeit.

Anschließend erfolgt die **Punktbewertung**: Für jede richtig und vollständig ausgefüllte Zelle der Tabelle bekommt jedes Team einen Punkt. Es gewinnt das Team mit der höheren Punkteanzahl. Haben beide Teams die Tabelle vollständig ausgefüllt, dann gewinnt das Team, das die Aufgabe schneller gelöst hat.

LAND	WÄHRUNG	UNTERTEILUNG	ABKÜRZUNG
Österreich	Euro	Cent	€, EUR
Australien			
Belgien			
Brasilien			
China			
Großbritannien			
Indien			
Israel			
Japan			
Kroatien			
Lichtenstein			
Mexiko			
Polen			
Russland			
Schweden			
Schweiz			
Türkei			
USA			

1. Welche Funktionen hat Geld? Beschreiben Sie diese Funktionen.

2. Was versteht man unter Warengeld, was unter Nominalgeld?

Warengeld: _____

Nominalgeld: _____

ÜBUNGSBLATT 2

1. Die nachstehende Tabelle zeigt die Gewichtung von Gütern in der COICOP-Klassifizierung im Warenkorb des VPI. Machen Sie eine grobe Aufstellung Ihrer monatlichen Ausgaben und nehmen Sie eine Gewichtung der darin enthaltenen Güter vor.

COICOP-Klassifizierung	KATEGORIE	Ihre persönliche Gewichtung	Gewicht im VPI in %
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke		
02	alkoholische Getränke und Tabak		
03	Bekleidung und Schuhe		
04	Wohnung, Wasser, Energie		
05	Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses		
06	Gesundheitspflege		
07	Verkehr		
08	Nachrichtenübermittlung		
09	Freizeit und Kultur		
10	Erziehung und Unterricht		
11	Restaurants und Hotels		
12	verschiedene Waren und Dienstleistungen		
Summe		100	100

3. Was versteht man unter „gefühlter Inflation“?

4. Warum ist die „gefühlte Inflation“ – zumindest in den letzten Jahren – merklich höher als die offiziell ausgewiesenen Inflationsraten?

ÜBUNGSBLATT 3



1.. Berechnen Sie die Inflationsrate für das Jahr 2010.

Tipp: Grundlage für diese Aufgabe ist die folgende Tabelle.

PREISINDEX DES WARENKORBS SEIT 1987

	2007	2008	2009	2010	2011
Jahresdurchschnitt	430,4	444,2	446,5	454,5	-

2. Ein Student jobbt nebenbei in einer Buchhandlung, um sich sein Unistudium zu finanzieren. Dabei verdient er monatlich 1.000 Euro. Aufgrund der erhöhten Inflation von 4 % wird sein Gehalt um 5 % erhöht. Um wie viel hat sich seine monatliche Kaufkraft – gemessen in absoluten Zahlen bzw. in Prozent am ursprünglichen Lohn – verändert?

3. Wie hoch ist die Inflation (VPI) im August 2011 in Österreich gewesen?



Tipp: Zur Beantwortung dieser Frage wird empfohlen, die Homepage der Statistik Austria (www.statistik.at) zu besuchen.

4. Wann wurde das letzte Mal eine Neugewichtung des Warenkorbs der beiden Verbraucherpreisindizes VPI und HVPI erstellt?



Tipp: Zur Beantwortung dieser Frage wird empfohlen, die Homepage der Statistik Austria (www.statistik.at) zu besuchen.

ÜBUNGSBLATT 4

Die alljährlich stattfindenden Verhandlungen neuer Kollektivverträge (= Verträge zwischen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und den Wirtschaftskammern, die insbesondere Bestimmungen zu Mindestlöhnen, Sonderzahlungen, Kündigungsfristen etc. beinhalten) der in der Metallindustrie Beschäftigten werden in Österreich immer besonders genau beobachtet. Es handelt sich nämlich dabei um die ersten Kollektivvertragshandlungen im laufenden Jahr für das nächste Jahr. Deshalb haben diese Verhandlungen richtungsweisenden Charakter für die Kollektivvertragsverhandlungen in den anderen Branchen. Lesen Sie bitte den folgenden Artikel, der über die Kollektivvertragsverhandlungen im Oktober 2011 berichtet.

METALLER-LOHNRUNDE

Arbeitnehmer wollen 5,5, Industrie gibt 3,1 Prozent Gewerkschaften drohen mit Kampfmaßnahmen - Für Arbeitgeber inakzeptabel

Wien - Die Gewerkschaften fordern für die Metaller-Lohnrunde eine Kollektivvertrags-Erhöhung von 5,5 Prozent und drohen mit Kampfmaßnahmen. Gestern, Dienstag, hatten die Arbeitgeber einen Anstieg von 3,1 Prozent plus eine Einmalzahlung von 200 Euro angeboten. Die Inflation der vergangenen 12 Monate, die als Verhandlungsbasis dient, betrug 2,8 Prozent, zuletzt lag die Teuerungsrate bei 3,4 Prozent.

Sollte es bei der nächsten Verhandlungsrunde am 12. Oktober zu keiner Einigung kommen, werde es bereits am 13. Oktober „Kampfmaßnahmen“ geben, so Belegschaftsvertreter heute auf einer Pressekonferenz. Für den 10. und 11. Oktober wurden landesweite Betriebsversammlungen einberufen.

Für Arbeitgeber-Verhandler Christoph Hinteregger ist die Gewerkschaftsforderung inakzeptabel. „Ich bin persönlich sehr betroffen“, betonte Hinteregger. Ein derartiger Abschluss wäre viel zu hoch, zudem stößt er sich an der Vorgangsweise der Gewerkschaft, die Forderungen via Pressekonferenz zu veröffentlichen.

„Die Arbeitgeber nehmen die Kollegen nicht ernst“, ärgerte sich hingegen Chefverhandler Rainer Wimmer von der Metallergewerkschaft (Pro-Ge). Und er rechnete vor: „Mehr als 90 Prozent der Gewinne der Metallindustrie-Betriebe wurden in den letzten drei Jahren ausgeschüttet.“ Co-Verhandler Karl Proyer stellte den Arbeitgebern die Rute ins Fenster: „Die Durchsetzung unserer Forderung ist uns eine sehr ernste Angelegenheit. Hier verhandeln zwei starke Gewerkschaften.“

Wimmer stellte klar: „Wir reden über das, was die Firmen bereits in der Tasche haben.“ Er stellte sich damit gegen die Wünsche der Industrie, die am liebsten über die sich abschwächende Konjunktur und die Euro-Krise sprechen möchte.

"Stereotype Antworten"

Die gestrigen Gespräche haben sechs Stunden gedauert. „Bei unserem Angebot hat die Gewerkschaft den Tisch verlassen“, so Hinteregger. Man werde auf jeden Fall am 12. Oktober weiter verhandeln, wenn es notwendig sei die ganze Nacht. Die Einmalzahlung von 200 Euro schlage sich mit 0,52 Prozent zu buche. Man könne nicht die ganze Ernte auf Prozente verteilen. Denn es sei unsicher wie sich das kommende Jahr entwickeln werde. Die Wirtschaftsforscher haben ihre Prognosen deutlich zurückgenommen.

Die Belegschaftsvertreter beklagten, dass die Industrievertreter die Anliegen der Arbeitnehmer nicht ernst nehmen würden. Karl-Heinz Schaller, Betriebsratschef der voestalpine, meinte, er habe die „stereotypen Antworten“ der Industrie satt. „Egal was ist, sofort schreien sie nach Lohnzurückhaltung.“ Und er stellte klar: "Wir sind sofort bereit, weiter zu verhandeln."

Proyer erinnerte an die „gute Tradition“ der vergangenen Jahrzehnte, sich am Produktivitätswachstum zu orientieren. Basis für die Lohnfindung war bisher die sogenannte Benya-Formel (nach dem früheren ÖGB-Chef Anton Benya), die sich an Inflation und Produktivitätszuwachs orientiert. Die Lohn- und Gehaltssumme der Metallindustrie beträgt rund sieben Mrd. Euro. „Eine Erhöhung von 5,5 Prozent würde bedeuten, dass 385 Mio. Euro bewegt werden. Also eine enorme Stärkung der Kaufkraft“, gab Wimmer zu bedenken.

Und er erinnerte an eine Studie, die vor zwei Wochen präsentiert wurde. Demnach haben die Grundgehälter der Führungskräfte heuer um 4,1 Prozent zugelegt, 93 Prozent aller Geschäftsführer erhalten heuer einen Bonus. „Mit 4,1 Prozent sind die Grundgehälter der Führungskräfte 2011 in Österreich deutlich stärker gestiegen als noch im Vorjahr, als die Unternehmen die Vergütung ihrer Manager lediglich um 2,8 Prozent anhoben“, so die Einschätzung von Maria Smid, Projektleiterin der Kienbaum-Studie. Eine Führungskraft der ersten Ebene komme heuer auf ein Jahresgesamtgehalt von 266.000 Euro. (APA)

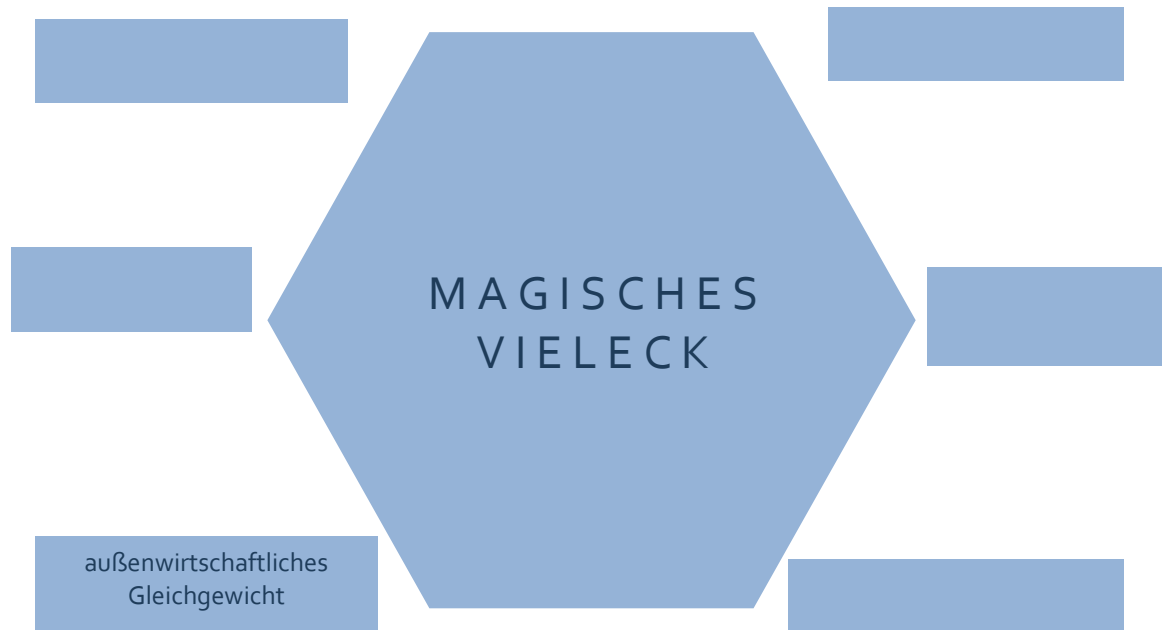
Quelle: Der Standard, 5. Oktober 2011

1. Mit welchen Argumenten versucht die Arbeitnehmerseite laut diesem Artikel, ihren Forderungen stärker Ausdruck zu verleihen?

2. Inwiefern können überzogene Lohnerhöhungen zu Inflation führen?

ÜBUNGSBLATT 5

1. Ergänzen Sie die Eckpunkte des „Magischen Vielecks“ in der folgenden Abbildung.



2. Erklären Sie den Begriff „Magisches Vieleck“.

ÜBUNGSBLATT 6

1. Erklären Sie drei wesentliche Funktionen der Finanzpolitik. Führen Sie jeweils zwei konkrete Maßnahmen aus jedem Funktionsbereich an.

- **Allokationsfunktion:** _____

Beispiel 1: _____

Beispiel 2: _____

- **Distributionsfunktion:** _____

Beispiel 1: _____

Beispiel 2: _____

- **Stabilisierungsfunktion:** _____

Beispiel 1: _____

Beispiel 2: _____

ÜBUNGSBLATT 7

Die meisten Staaten nehmen grundsätzlich dieselben Aufgaben wahr – eben im Sinne von Allokations-, Distributions- und Stabilisierungsfunktion. Allerdings gibt es wesentliche Unterschiede in Bezug darauf, wie diese Funktionen in der Praxis konkret ausgestaltet sind. Beispielsweise legen die USA – gemessen an ihrem Inlandsprodukt – mehr Gewicht auf die Landesverteidigung. Füllen Sie die untere Tabelle aus und begründen Sie Ihre Antwort.



Mehr oder weniger Staat?

Staatliche Funktion	USA	Österreich
Landesverteidigung	Mehr	Weniger
Gesundheitspolitik		
Bildungspolitik		
Forschungs- und Entwicklungspolitik		

Begründung:

ÜBUNGSBLATT 8

1. Kennzeichnen Sie auf der nachstehenden Europakarte alle jene Länder, die den Euro als offizielle Währung eingeführt haben.



2. Nennen Sie die fünf Länder, deren Zentralbanken im Europäischen System der Zentralbanken verankert sind, aber nicht dem Eurosystem angehören.

3. Was versteht man unter den „fiskalischen Maastricht-Kriterien“?

ÜBUNGSBLATT 9

„Zahlungsbilanz- und Außenhandelsstatistik-Check“

Die Zahlungsbilanz erfasst mengenmäßig alle wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem In- und dem Ausland für einen bestimmten Zeitraum (üblicherweise 1 Jahr).

- RICHTIG
FALSCH

Die österreichische Zahlungsbilanz wird von der Statistik Austria erstellt.

- RICHTIG
FALSCH

„Inländer“ im Sinne der österreichischen Zahlungsbilanz sind alle Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

- RICHTIG
FALSCH

Zu den Teilbilanzen der Zahlungsbilanz zählt die Handelsbilanz, die den grenzüberschreitenden Warenverkehr eines Landes erfasst.

- RICHTIG
FALSCH

Die österreichische Handelsbilanz ist zumeist negativ – so auch im Jahr 2010.

- RICHTIG
FALSCH

Die Außenhandelsstatistik wird von der Statistik Austria erstellt.

- RICHTIG
FALSCH

Die statistischen Informationen für das Intrastat-System basieren auf den Monatsmeldungen von Unternehmen, die statistischen Informationen für das Extrastat-System basieren hingegen auf Daten der Zollbehörden.

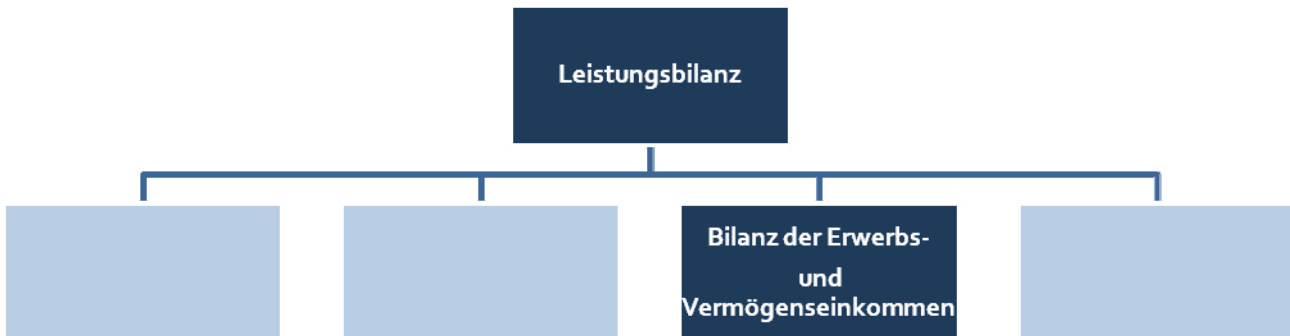
- RICHTIG
FALSCH

Die Statistik Austria ist ein privater Verein, der die Außenhandelsstatistik publiziert.

- RICHTIG
FALSCH

ÜBUNGSBLATT 10

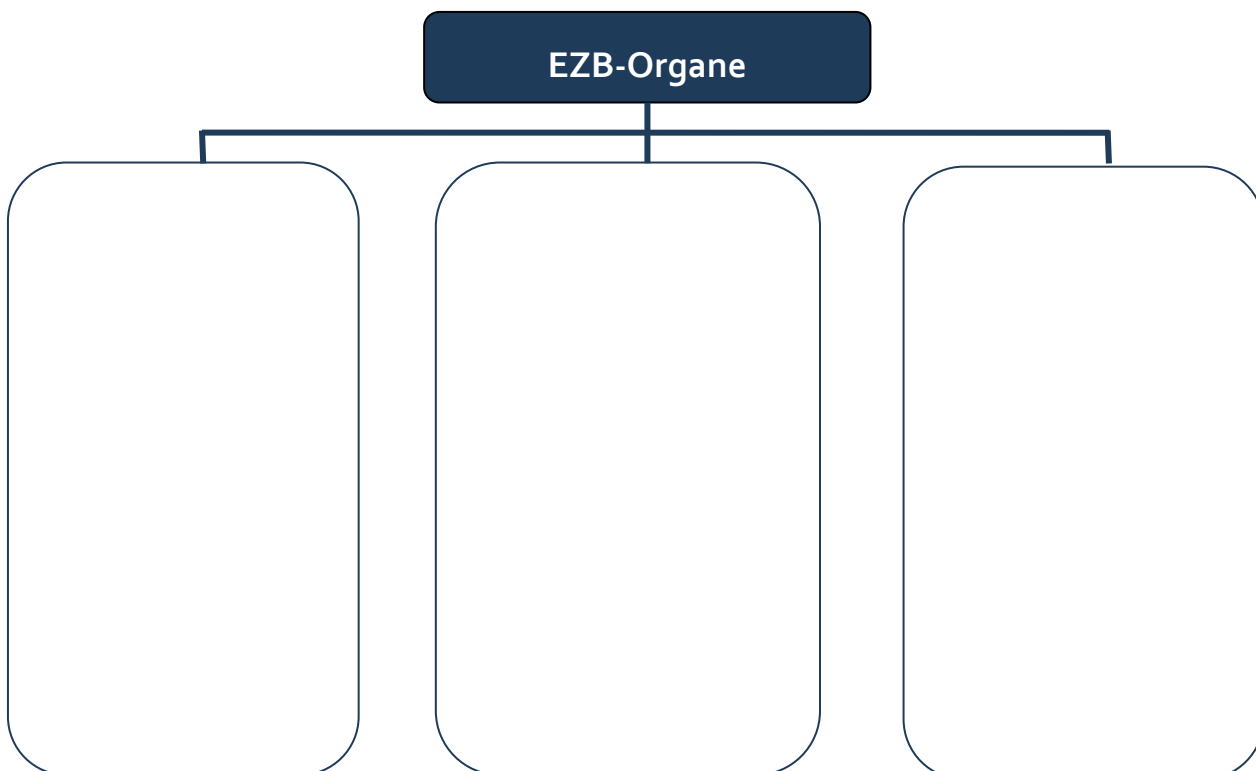
1. Die Leistungsbilanz setzt sich aus vier Teilbilanzen zusammen. Ergänzen Sie folgende Abbildung mit diesen Teilbilanzen.



2. Welche Vorgänge werden in der „Handelsbilanz“ und „Dienstleistungsbilanz“ verzeichnet?

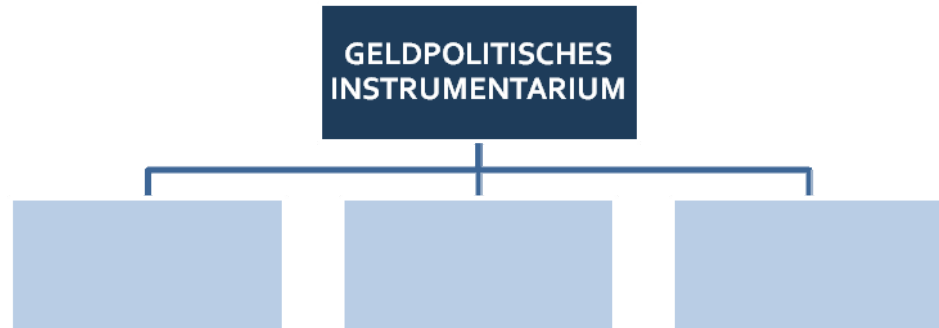
3. Erklären Sie den Begriff „Euro-Stabilitätspakt“.

4. Aus welchen Organen setzt sich die Europäische Zentralbank (EZB) zusammen und was sind deren wichtigste Aufgaben? Benutzen Sie die folgende Grafik für Ihre Antwort.



ÜBUNGSBLATT 11

1. Ergänze die folgende Abbildung.



2. Worin besteht das vorrangige Ziel der Geldpolitik im Euroraum? Wie wird dieses Ziel konkretisiert?

3. Diskutieren Sie in der Klasse: Kann der EU-Stabilitätspakt langfristig Spielräume schaffen, um Krisenzeiten besser bewältigen zu können und die europäische Konjunktur zu stabilisieren?

ÜBUNGSBLATT 12

1. Geben Sie mit den Zahlen 1 bis 10 die wertmäßige Reihenfolge der wichtigsten Warengruppen im Welthandel an.

Recherchetipp: www.intracen.org/

RANG	Warengruppe
	Eisen und Stahl
	elektrische und elektronische Ausrüstung
	Fahrzeuge ausgenommen Eisen- und Straßenbahn
	Maschinenpark, Kernreaktoren, Kessel etc.
	mineralische Brennstoffe, Öle, Destillationsprodukte etc.
	optische, Foto-, technische, medizinische etc. Ausrüstung
	organische Chemikalien
	Perlen, Edelsteine, Metalle, Münzen etc.
	pharmazeutische Produkte
	Plastik und Plastikprodukte

2. Nennen Sie die zehn größten Exportländer der Welt in den Jahren 2000 und 2010.

Recherchetipp: WTO-Website (www.wto.org)

RANG	EXPORTLAND 2000
1.	
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	
8.	
9.	
10.	

RANG	EXPORTLAND 2010
1.	
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	
8.	
9.	
10.	

ÜBUNGSBLATT 13

1. Besuchen Sie bitte die Website der Welthandelsorganisation (WTO) unter www.wto.org und bearbeiten Sie folgende Aufgaben.
 - a) Welche **Ziele** verfolgt die WTO?
 - b) Was ist der „General Agreement on Tariffs and Trade“ (**GATT**) und worauf zielt er ab?
 - c) Was versteht man unter dem „Meistbegünstigungsprinzip“?
 - d) Wer ist derzeit der Generaldirektor der WTO?
 - e) Worin bestehen die gegenwärtig **größten Herausforderungen** für die Welthandelsorganisation?
 - f) Welche „geopolitisch“ wichtigen **Länder** sind gegenwärtig nicht Mitglieder der WTO?

Erstellen Sie dann mit Ihren Rechercheergebnissen eine übersichtliche Powerpoint-Präsentation zum Thema Welthandelsorganisation.

2. Erklären Sie den Begriff „tarifäre Handelshemmnisse“.

3. Nennen Sie je zwei tarifäre und nicht tarifäre Handelshemmnisse.

4. Was versteht man unter Antidumping-Zöllen?

ÜBUNGSBLATT 14

1. Auf welchen Prinzipien beruht die österreichische Sozialversicherung?

 **Recherchetipp:** AWS-Aktuelle Unterlage „Meine ersten Versicherungen“, 2010, unter www.wko.at/aws.

2. Welche Teilbereiche beinhaltet die gesetzliche Sozialversicherung?

3. Was versteht man in der Sozialpolitik unter „universellem System“ und unter „bedarfsorientierter Leistung“?

ÜBUNGSBLATT 15

1. Vervollständigen Sie die drei Säulen der Altersversorgung.



2. Wie bewerten Sie folgende Aussage „Bei unserem guten Pensionssystem, in das wir genug einzahlen, ist eine private Pensionsvorsorge hinausgeworfenes Geld“? Diskutieren Sie Ihre Pro- und Contra-Argumente in der Klasse. Zu Ihrer Unterstützung ziehen Sie den folgenden Artikel heran:

GREISES ÖSTERREICH

Weiterhin steigende Pensionszahlen

Anstieg laut Hauptverband jedoch eingebremst

Wien - Die Zahl der Pensionen - sowohl der Alterspensionen als auch der Frühpensionen - steigt in Österreich weiter. Im August hat der Hauptverband der Sozialversicherungsträger bereits mehr als eineinhalb Millionen Alterspensionen (1.512.521) registriert (ohne Beamte), davon waren 120.967 vorzeitige Alterspensionen und davon wiederum 89.239 oder fast drei Viertel (73,8 Prozent) sogenannte Hackler-Pensionen. Der Anstieg hat sich heuer nach Angaben des Hauptverbandes allerdings etwas eingebremst, die Zahl der Neuzuerkennungen ist im ersten Halbjahr bereits gesunken.

Insgesamt wurden im August 2,239.001 Pensionen ausgezahlt, um gut 20.000 mehr als noch im Jänner. Der Stand der Alterspensionen ist seit Jahresbeginn um gut 21.000 auf 1,512.521 gestiegen, seit dem Jahr 2008 um fast 100.000. Die Zahl der vorzeitigen Alterspensionen ist seit Jänner dieses Jahres um gut 6.000 auf 120.967 angewachsen, seit dem Jahr 2008 um rund 12.800.

Deutlicher Anstieg bei Invaliditätspension

Fast drei Viertel davon - nämlich 89.239 - haben im August die „Hackler“-Pension in Anspruch genommen. Die Zahl dieser Langzeitversicherten hat sich seit Jänner ebenfalls um fast 6.000 erhöht, seit 2008 sogar um fast 27.000. Auf vergleichsweise niedrigem Niveau steigen auch die Korridor- und die Schwerarbeiterpension. Beide Pensionsarten sind seit dem Vorjahr um rund ein ein Drittel gewachsen und zwar auf 12.392 bzw. 3.097.

Deutlicher fällt der Anstieg bei den Invaliditätspensionen aus, die im Mittelpunkt der Reformüberlegungen der Sozialpartner stehen dürften. 231.656 Invaliditätspensionisten hat der Hauptverband im August registriert, um fast 20.000 mehr als noch im Jänner.

Trotz dieser Zahlen verweist der Hauptverband unter Hinweis auf die neu gestellten Anträge und Zuerkennungen darauf, dass sich der Anstieg eingebremst hat. So wurden im ersten Halbjahr im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2010 sowohl bei allen Alterspensionen (-3,7 bzw. -5,4 Prozent) als auch bei den vorzeitigen Alterspensionen (-4,4 bzw. -5,7 Prozent) weniger Anträge bzw. Zuerkennungen gezählt. Auch bei den Hackler- (-8,3 bzw. -10,2 Prozent) und bei den Invaliditätspensionen (-2,1 bzw. -5,0 Prozent) gab es weniger Anträge und Zuerkennungen. Deutliche Zuwächse wurden nur bei den Schwerarbeiterpensionen (+70,7 bzw. +60,6 Prozent) verzeichnet. (APA)

Trotz dieser Zahlen verweist der Hauptverband unter Hinweis auf die neu gestellten Anträge und Zuerkennungen darauf, dass sich der Anstieg eingebremst hat. So wurden im ersten Halbjahr im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2010 sowohl bei allen Alterspensionen (-3,7 bzw. -5,4 Prozent) als auch bei den vorzeitigen Alterspensionen (-4,4 bzw. -5,7 Prozent) weniger Anträge bzw. Zuerkennungen gezählt. Auch bei den Hackler- (-8,3 bzw. -10,2 Prozent) und bei den Invaliditätspensionen (-2,1 bzw. -5,0 Prozent) gab es weniger Anträge und Zuerkennungen. Deutliche Zuwächse wurden nur bei den Schwerarbeiterpensionen (+70,7 bzw. +60,6 Prozent) verzeichnet. (APA)

Quelle: Der Standard, 7. Oktober 2011

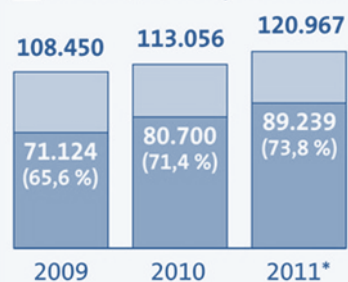
Pensionsentwicklung

Alterspensionen gesamt



in Millionen

Frühpensionen
davon „Hacklerpensionen“



* August

Grafik: © APA, Quelle: APA/HV 

ÜBUNGSBLATT 16

Füllen Sie bitte das folgende Kreuzworträtsel unter Zuhilfenahme folgender Informationen aus.

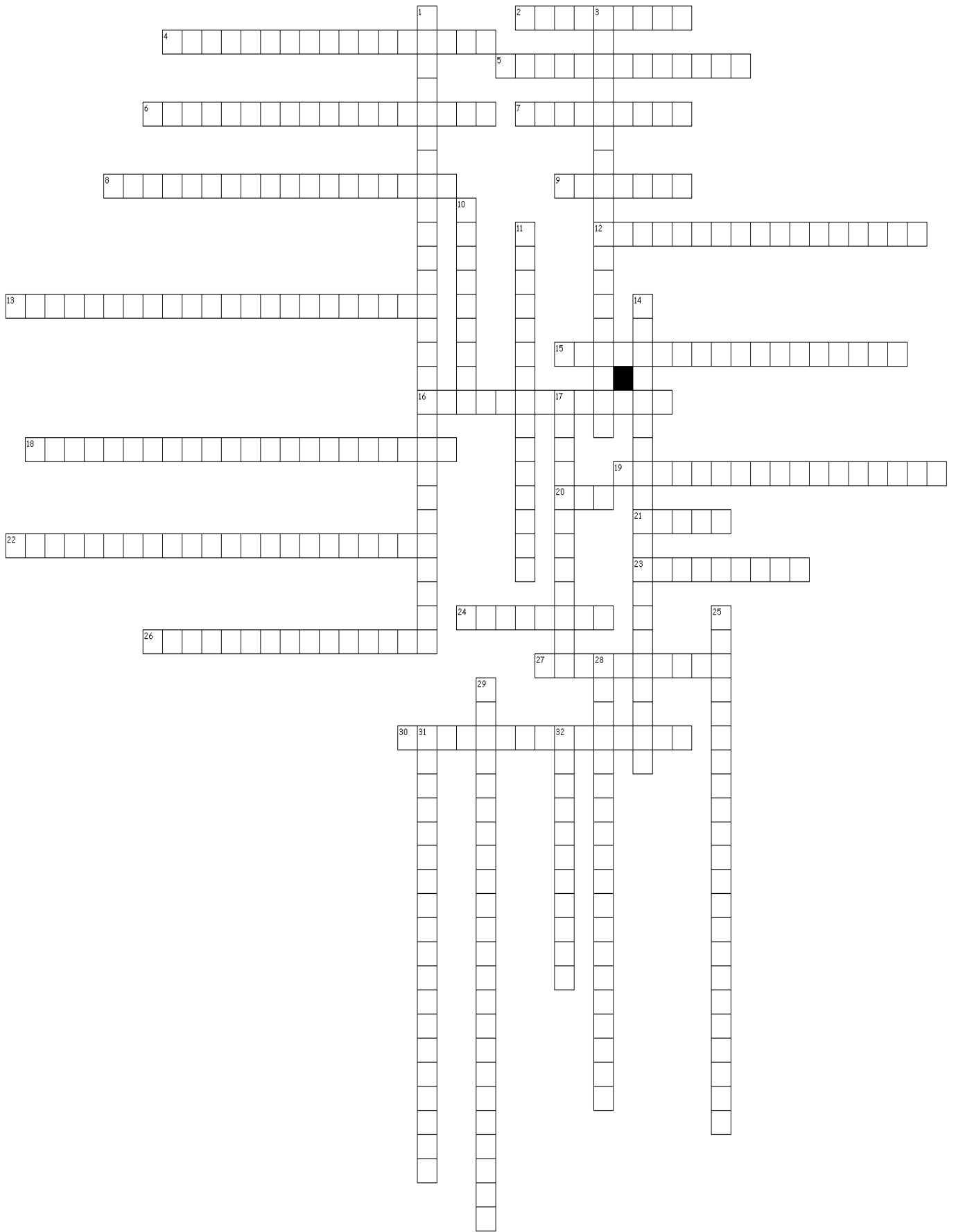
Waagrecht

2. Inflationshemmende Staatseingriffe
4. Kategorie des österreichischen Warenkorb
5. Gestaltung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben
6. Bestandteil der Ordnungspolitik
7. Deutlicher Anstieg des Preisniveaus
8. Tarifäre Handelshemmnisse
9. Öffentlich-rechtliche Geldabgabepflichten
12. Der Preis eines Produkts liegt weit über seinem angemessenen Wert
13. Träger der Wirtschaftspolitik
15. Gesetzliche Interessenvertretung für österreichische Unternehmen
16. Österreichische Gebietskörperschaften
18. Ein Ziel von wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Magisches Vieleck)
19. Grundsatz des Haushaltsrechts für den Bund
20. Abkürzung für eine EU-Institution mit Sitz in Frankfurt
21. Eines der größten Exportländer der Welt
22. Folgen der Inflation
23. Eine der sieben Sparten in der Wirtschaftskammer Österreich
24. Europäisches Land, das den Euro als Währung nicht eingeführt hat
26. Volkswirtschaftliches Argument für den Außenhandel
27. Aufteilung der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren auf die zu produzierenden Güter
30. Eine mögliche Lösung für eine Hyperinflation

Senkrecht

1. Ein Steuerabsetzbetrag
3. Zentrale Einrichtung der sozialen Sicherheit
10. Deutlicher Rückgang des Preisniveaus
11. Teilbereich der Wirtschaftspolitik
14. Eine der Ursachen/Formen von Inflation
17. Zentraler Motor des Wirtschaftswachstum in Österreich
25. Vertretung der Interessen der heimischen Landwirte
28. Eine Form der Geldgeschäfte des Eurosystems
29. Eine Funktion des Geldes
31. Eine der Aufgaben der Finanzpolitik
32. Stagnation des Wirtschaftswachstums plus Inflation

Hinweis:
ä, ö, ü → ae, oe, ue



LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Übungsblatt 1

LAND	WÄHRUNG	UNTERTEILUNG	ABKÜRZUNG
Australien	Australischer Dollar	Cents	AUD
Belgien	Euro	Cents	EUR
Brasilien	Real	Centavos	BRL
China	Renminbi Yuan	Jiao/Fen	CNY
Großbritannien	Pfund Sterling	Pence	GPP
Indien	Indische Rupie	Paise	INR
Israel	Neuer Schekel	Agorot	ILS
Japan	Yen	Sen	JPY
Kanada	Kanadischer Dollar	Cents	CAD
Lichtenstein	Schweizer Franken	Rappen	CHF
Mexiko	Mexikanischer Peso	Centavos	MXN
Polen	Zloty	Groszy	PLN
Russland	Rubel	Kopeken	RUB
Schweden	Schwedische Krone	Öre	SEK
Schweiz	Schweizer Franken	Rappen	CHF
Türkei	Neue Türkische Lira	Neue Kurus	TRL
USA	US-Dollar	Cents	USD

1. Zahlungsmittelfunktion (= Tauschmittelfunktion): Möglichkeit, mit Geld für einen Kauf zu bezahlen oder Geld für einen Verkauf zu erhalten

Wertaufbewahrungsfunktion: Übertragung von Kaufkraft in der Gegenwart auf zukünftige Kaufkraft

Funktion als Recheneinheit: Geld als Wertmaßstab bietet die Möglichkeit, die Preise unterschiedlicher Güter miteinander zu vergleichen

2. Warengeld (= Naturalgeld) = Geld, das einen von seiner Geldfunktion gänzlich unabhängig Wert hat

Nominalgeld = Geld, dessen Nominalwert (der auf ihm in Zahlen abgebildete Wert) höher ist als sein Eigenwert

ÜBUNGSBLATT 2

1. und 2. individuelle Schülerlösung

COICOP-Klassifizierung	Kategorie	Ihre persönliche Gewichtung	Gewicht im VPI in %
01	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke		12,0087
02	alkoholische Getränke und Tabak		3,0402
03	Bekleidung und Schuhe		6,1433
04	Wohnung, Wasser, Energie		18,6510
05	Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses		7,9962
08	Gesundheitspflege		4,4375
07	Verkehr		13,7773
08	Nachrichtenübermittlung		1,8082
09	Freizeit und Kultur		12,1332
10	Erziehung und Unterricht		1,2845
11	Restaurants und Hotels		8,7182
12	verschiedene Waren und Dienstleistungen		10,0019
Summe		100	100

3. „gefühlte Inflation“ = subjektiv wahrgenommene Teuerungsrate
4. Im Warenkorb sind sowohl Produkte des täglichen Bedarfs als auch langlebige Konsumgüter enthalten. Die Konsumenten kennen in der Regel die Preise jener Produkte deutlich besser, die sie in nur kurzen Zeitabständen kaufen (z. B. Lebensmittel, Treibstoff), als die Preise jener Güter, die sie nur in größeren Zeitabständen erwerben (z. B. Auto, Therme). Wenn jetzt die Preise der kurzlebigen Produkte stärker steigen als die der langlebigen Konsumgüter – was in den letzten Jahren der Fall war, dann haben die Konsumenten daher den Eindruck, dass die Inflation stärker gestiegen ist, als es die offiziell ausgewiesenen Inflationsraten ausweisen.

ÜBUNGSBLATT 3

$$(454,5 : 446,5) - 1 = 0,0179 = 1,79 \%$$

Im Jahr 2010 lag die Inflation in Österreich bei etwa 1,79 %.

2. Der Reallohn des Studenten ist um 1 % (Differenz zwischen prozentueller Lohnerhöhung und Höhe der Inflation) gestiegen. 1 % von 1.000 Euro entspricht 10 Euro.
3. 3,4 %
4. Im Jahr 2010 wurden von der Statistik Austria der Warenkorb dieser beiden Indizes überarbeitet. Seit dem Jahr 2011 publiziert die Statistik Austria diesen neuen Verbraucherpreisindex mit dem Basisjahr 2010. (Die Basis für die Gewichtung waren übrigens die Daten des privaten Konsums aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 2009 sowie eine von Anfang April 2009 bis Anfang Mai 2010 durchgeführte Konsumerhebung).

ÜBUNGSBLATT 4

Die Inflation hat zur Folge, dass die im **Jahresabschluss** ausgewiesenen Werte teilweise nicht mehr der Realität entsprechen. Einfach ausgedrückt wird das Betriebsergebnis (Gewinn, Verlust) durch die Differenz zwischen Erlösen und Aufwänden errechnet. Während die **Erlöse** zu den aktuellen Preisen in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht werden, enthalten die **Aufwendungen** die Abschreibungen auf das mit den ursprünglichen Anschaffungswerten bewertete Anlagevermögen.

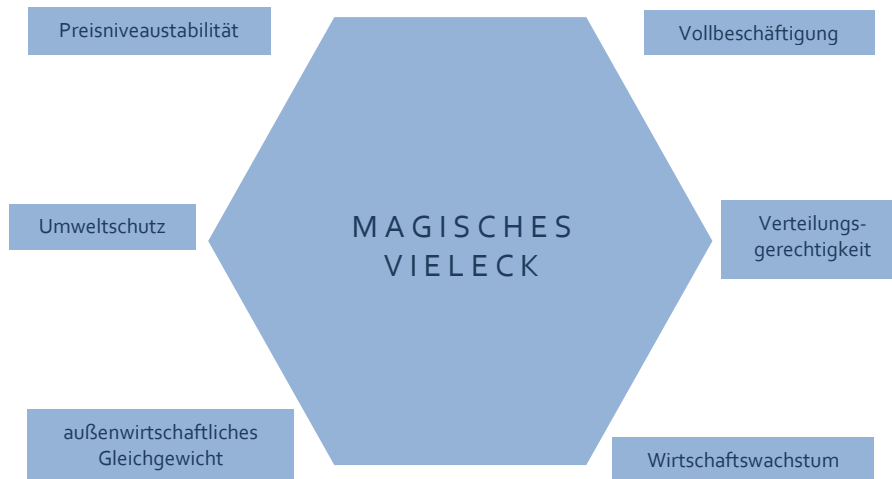
Wenn der Aufwand z. B. für eine Maschine zu niedrig angesetzt ist, dann ist der ausgewiesene Gewinn zu hoch angesetzt. Man spricht in diesem Fall auch von „Scheingewinnen“. Es werden somit auch – gemessen an der wirtschaftlichen Leistung des Unternehmens – zu hohe **Steuern** bezahlt. Werden von den **Scheingewinnen** auch noch **Gewinnausschüttungen** an die Eigentümer bezahlt, so kommt es zu einem Substanzverzehr des Unternehmens. Es kann dann vorkommen, dass der versteuerte Gewinn nicht mehr ausreicht, um die laufenden Kosten zu finanzieren.

1. Argumente der Arbeitnehmerseite:
 - Ein Großteil der Gewinne der letzten Jahre sei ausgeschüttet worden. Jetzt gelte es, die Arbeitnehmer stärker zu beteiligen.

-
- Eine massive Lohnerhöhung würde weiters zu einem deutlichen Anstieg der Kaufkraft führen. Höhere Einkommen würden eine erhöhte Nachfrage nach sich ziehen und somit auch den Unternehmen zugute kommen. Darüber hinaus könnten die Unternehmen auf die gestiegene Nachfrage mit einem erhöhten Angebot reagieren und mehr Arbeitnehmer im Produktionsprozess einsetzen.
 - Die Führungskräfte hätten von deutlichen Erhöhungen der Grundgehälter und von Bonuszahlungen profitiert. Entsprechend sollten auch die Arbeitnehmer stärker an den Erfolgen der Metallindustrie beteiligt werden.
2. Überzogene Lohnerhöhungen können die Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen. Damit ist gemeint, dass „zu“ hohe Löhne zu erhöhter Nachfrage und die erhöhte Nachfrage zu höheren Güterpreisen führen. Diese höheren Güterpreise (Inflation) sind wiederum Anlass für erhöhte Lohnforderungen seitens der Arbeitnehmer. Die Lohn-Preis-Spirale ist dann bereits längst in Gang gesetzt ...

ÜBUNGSBLATT 5

1.



2. Die Begrifflichkeit „Magisches Vieleck“ bezieht sich darauf, dass das gleichzeitige Erreichen aller in ihm abgebildeten Ziele kaum oder nicht möglich sein wird; vielmehr bleiben eines oder mehrere Ziele im Normalfall auf der Strecke. Beispielsweise ist das Erreichen von Vollbeschäftigung oftmals mit einem deutlichen Preisanstieg verbunden.

ÜBUNGSBLATT 6

1. Funktionen der Finanzpolitik:

Allokationsfunktion = Bereitstellung von Gütern durch den Staat (Der Staat muss die Güter nicht selbst herstellen, aber er gewährleistet die Bereitstellung dieser Güter.)

Beispiele für Maßnahmen sind Gesundheits-, Pensions-, Sicherheits- und Infrastrukturmaßnahmen, also etwa die Versorgung der Bevölkerung mit Spitälern, Militär- und Polizeidiensten, Straßen, Ampeln, Schulen etc.

Distributionsfunktion = Funktion zur Korrektur der marktwirtschaftlichen Verteilung von Einkommen und Vermögen im Sinne einer gerechteren Verteilung

Beispiele für Maßnahmen in diesem Sinne sind Familienbeihilfen, Studentenförderungen, die progressive Einkommensteuer und die Notstandshilfe.

Stabilisierungsfunktion: Funktion zum Erreichen von Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, eines angemessenen Wirtschaftswachstums und einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz.

Beispiele für Maßnahmen sind hier Konjunkturpakete, Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor „mit Augenmaß“ (also nicht allzu hoch), eine auf die lange Frist ausgerichtete Steuerung der Geldmenge und die Förderung des Außenhandels.

Übungsblatt 7



Mehr oder weniger Staat?

Staatliche Funktion	USA	Österreich
Landesverteidigung	Mehr	Weniger
Gesundheitspolitik	Weniger	Mehr
Bildungspolitik	Weniger	Mehr
Forschungs- und Entwicklungspolitik	Weniger	Mehr

Die **Landesverteidigungsausgaben** (gemessen am BIP) sind im langjährigen Schnitt in den USA deutlich höher als in Österreich. Der öffentliche **Gesundheitssektor** ist in Österreich deutlich mehr ausgebaut als in den USA. Zwar gibt es in den USA auch Spitzenmedizin – diese ist allerdings zumeist privat zu bezahlen. Ähnliches gilt für die **Bildungspolitik**: So gibt es beispielsweise in den USA ein sehr gut ausgebautes Netz von Hochschulen – viele von ihnen werden jedoch in erheblichem Ausmaß privat finanziert, während die öffentliche Finanzierung des österreichischen Hochschulsektors der Normalfall ist. In Österreich werden im Jahr 2011 die Ausgaben für **Forschungs- und Entwicklungspolitik** (F&E-Ausgaben) voraussichtlich bei 2,8 %, für die USA etwa bei 2,7 % liegen. Allerdings finanzieren die USA rund ein Drittel aller F&E-Ausgaben weltweit. Der Anteil der öffentlichen Mittel an den F&E-Ausgaben ist jedoch in Österreich deutlich höher als in den USA.

ÜBUNGSBLATT 8



2. Großbritannien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien und Dänemark
3. Fiskalische Kriterien beziehen sich – allgemein gesprochen – auf den Staatshaushalt und insbesondere auf die Verschuldung eines Landes. Die fiskalischen Maastricht-Kriterien schreiben vor, dass
 - der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIP betragen darf
 - dass die jährliche Neuverschuldung nicht mehr als 3 % des BIP betragen darf.

In beiden Fällen sind allerdings Ausnahmeregelungen vorgesehen.

ÜBUNGSBLATT 9

Die Zahlungsbilanz erfasst mengenmäßig alle wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem In- und dem Ausland für einen bestimmten Zeitraum (üblicherweise 1 Jahr).

RICHTIG

FALSCH

Die österreichische Zahlungsbilanz wird von der Statistik Austria erstellt.

RICHTIG

FALSCH

„Inländer“ im Sinne der österreichischen Zahlungsbilanz sind alle Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

RICHTIG

FALSCH

Zu den Teilbilanzen der Zahlungsbilanz zählt die Handelsbilanz, die den grenzüberschreitenden Warenverkehr eines Landes erfasst.

RICHTIG

FALSCH

Die österreichische Handelsbilanz ist zumeist negativ – so auch im Jahr 2010.

RICHTIG

FALSCH

Die Außenhandelsstatistik wird von der Statistik Austria erstellt.

RICHTIG

FALSCH

Die statistischen Informationen für das Intrastat-System basieren auf den Monatsmeldungen von Unternehmen, die statistischen Informationen für das Extrastat-System basieren hingegen auf Daten der Zollbehörden.

RICHTIG

FALSCH

Die Statistik Austria ist ein privater Verein, der die Außenhandelsstatistik publiziert.

RICHTIG

FALSCH

ÜBUNGSBLATT 10

1.



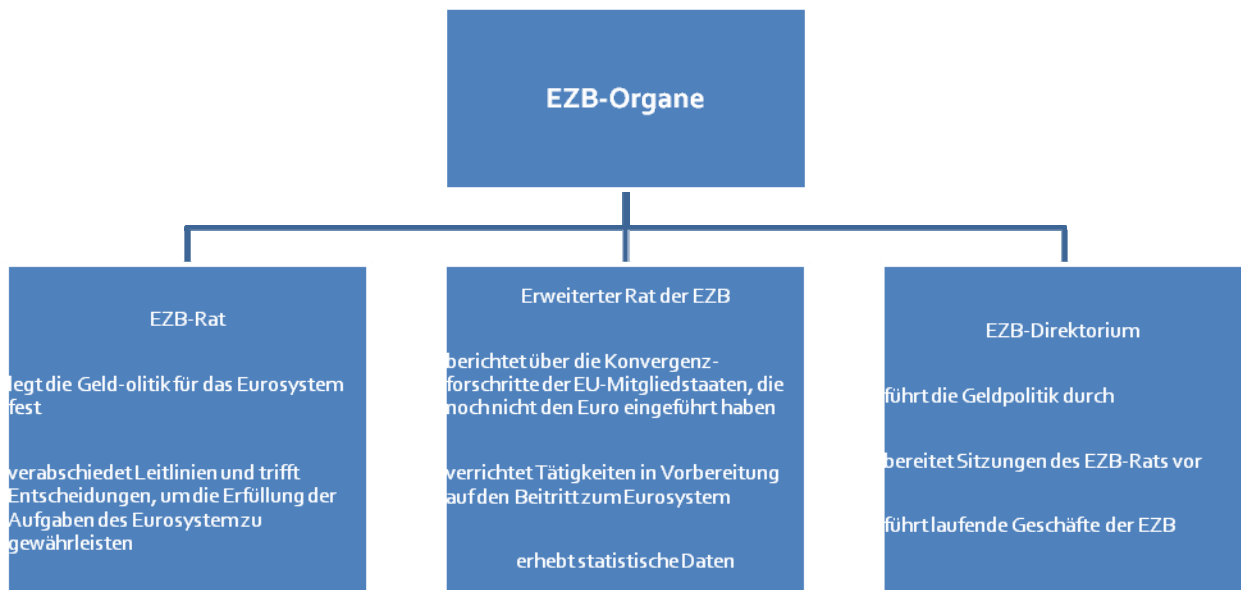
2. **Handelsbilanz** = Teilbilanz der Leistungsbilanz. Sie ist eine systematische Aufstellung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs eines Landes und erfasst wertmäßig alle Warenimporte und alle Warenexporte einer Volkswirtschaft innerhalb eines bestimmten Zeitraums und stellt die Warenimporte den Warenexporten gegenüber. Übersteigt die Summe der Warenexporte wertmäßig die Summe der Warenimporte, so spricht man von einer aktiven (oder auch positiven) Handelsbilanz. Ist der Wert der Warenimporte jedoch höher als jener der Warenexporte, so liegt eine passive (oder auch negative) Handelsbilanz vor.

Dienstleistungsbilanz = Teilbilanz der Leistungsbilanz – ebenso eine Teilbilanz – erfasst alle Zahlungen (Eingänge und Ausgänge) einer Volkswirtschaft im grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen. Die wichtigsten Einzelpositionen der Dienstleistungsbilanz sind u. a. Verkehrsdienstleistungen, Tourismus, Finanz- und Versicherungsleistungen.

3. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt („Euro-Stabilitätspakt“) soll für finanzpolitische Stabilität sorgen, indem die fiskalischen Kriterien („Maastricht-Kriterien, 1992: Preisstabilität, Stabilität der öffentlichen Haushalte, Währungsstabilität, langfristige Zinssätze etc.) auch nach einem Beitritt verbindlich einzuhalten sind. Die finanzpolitische Stabilität soll in Krisenzeiten Spielräume eröffnen, über eine schuldenfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben die Konjunktur zu stabilisieren. Werden die Kriterien nicht eingehalten werden, so gibt es Sanktionsmaßnahmen.

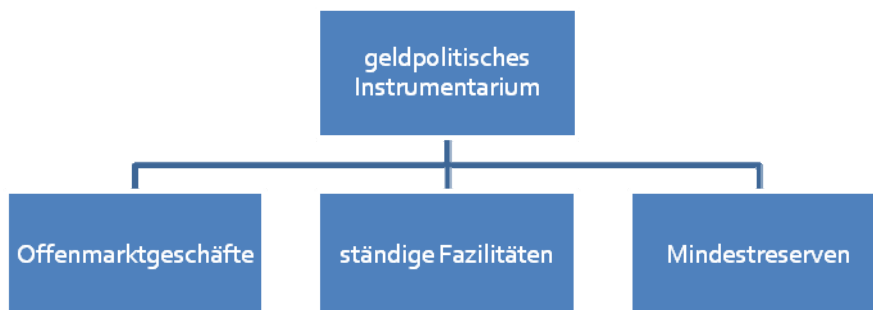
Infolge der weltweiten Finanzkrise verstößt derzeit eine Vielzahl von Mitgliedstaaten gegen die Maastricht-Kriterien sowohl beim jährlichen Haushaltsdefizit als auch bei der Gesamtverschuldung. Die meisten EU-Länder diskutieren inzwischen eine Reform des Paktes, weil er in seiner derzeitigen Form ohnehin nicht eingehalten wurde und wird, unabhängig von beabsichtigten Wirkungen. Das Einstimmigkeitsprinzip unter den Mitgliedstaaten erschwert eine Reform.

4..



ÜBUNGSBLATT 11

1.



2. Das vorrangige Ziel der Geldpolitik im Euroraum ist die Gewährleistung der Preisstabilität. Der EZB-Rat legte im Oktober 1998 fest, was er unter Preisstabilität verstand. Laut EZB-Rat liegt Preisstabilität dann vor, wenn der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für das gesamte Euro-Währungsgebiet bei unter 2 % gegenüber dem Vorjahr liegt. Die Preisstabilität ist mittelfristig zu gewährleisten.

ÜBUNGSBLATT 12

1.

Rang	Warengruppe
1	mineralische Brennstoffe, Öle, Destillationsprodukte etc.
2	elektrische und elektronische Ausrüstung
3	Maschinenpark, Kernreaktoren, Kessel etc.
4	Fahrzeuge ausgenommen Eisen- und Straßenbahn
5	pharmazeutische Produkte
6	optische, Foto-, technische, medizinische etc. Ausrüstung
7	Plastik und Plastikprodukte
8	Perlen, Edelsteine, Metalle, Münzen etc.
9	organische Chemikalien
10	Eisen und Stahl

2.

RANG	EXPORTLAND 2000
1.	USA
2.	Deutschland
3.	Japan
4.	Frankreich
5.	Großbritannien
6.	Kanada
7.	China
8.	Italien
9.	Belgien
10.	Niederlande

RANG	EXPORTLAND 2010
1.	China
2.	USA
3.	Deutschland
4.	Japan
5.	Niederlande
6.	Frankreich
7.	Südkorea
8.	Italien
9.	Belgien
10.	Großbritannien

ÜBUNGSBLATT 13

1. a) Ziele

- Förderung des freien Handels; dabei sollen tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut werden und Diskriminierungen in den internationalen Handelsbeziehungen beseitigt werden.
- Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel.

— Streitschlichtungsstelle im Fall von Handelskonflikten.

- b) **GATT** = ist eine internationale Vereinbarung (gegründet 1947), mit dem Ziel des Abbaus von Zöllen und anderer Handelshemmnisse, um den Welthandel und die Weltwirtschaft positiv zu beeinflussen. Das GATT ist ein Grundstein für die WTO und ist heute noch rechtlich in diese eingegliedert.

Das GATT zielt auf die Schaffung von Freihandel ab (einschließlich insbesondere die Senkung von Zöllen) und beinhaltet zentrale Grundsätze der Nichtdiskriminierung.

- Meistbegünstigungsprinzip
- Inländergleichbehandlung
- Grundsatz der Reziprozität.
- Kontingentverbot

- c) **Meistbegünstigungsprinzip** = einer der zentralen Grundsätze der Nichtdiskriminierung im GATT, wonach Handelsvorteile, die ein GATT-Vertragspartner (Staat) einem anderen Vertragspartner gewährt, auch für alle anderen Vertragspartner gelten müssen

- d) Der Franzose Pascal Lamy ist seit 2005 **Generaldirektor** der WTO.

- e) **größte Herausforderungen**

- die Umsetzung und Überwachung des WTO-Vertragswerks,
- die Weiterentwicklung der Regeln für den Welthandel durch Bereitstellung eines Forums für internationale Handelsgespräche,
- die Durchführung von Streitschlichtungsverfahren,
- die Überprüfung der Handelspolitik der WTO-Mitglieder und regionaler Handelsvereinbarungen

- f) **Länder**: insbesondere Russland (dessen Beitrittsverhandlungen sich gegenwärtig an der „Georgien-Frage“ stoßen), aber auch der Irak, Iran, Afghanistan, Syrien und Libyen

2. tarifäre Handelshemmnisse = Maßnahmen zur Beschränkung des Freihandels („Protektionismus“), um über die Vorschreibung von Abgaben Einfluss auf die Handelsströme zu nehmen

3.

tarifäre Handelshemmnisse	nicht tarifäre Handelshemmnisse
Zölle (z. B. Finanz- oder Schutzzölle)	Kontingente
Exportsubventionen	Embargo
	Kennzeichnungspflichten

-
4. Antidumping-Zölle soll Nachteile abschwächen, die durch ausländische Exporteure für inländischen Produzenten entstehen, dass sie ihre Produkte im Exportland billiger anbieten als auf dem heimischen Markt.

ÜBUNGSBLATT 14

1. Pflichtversicherung, Solidarität, Selbstverwaltung
2. Pensionsversicherung, Kranken- und Unfallversicherung
3. universelle Systeme = Systeme, die Leistungen für die gesamte Wohnbevölkerung (d. h. unabhängig vom Erwerbsstatus und den Einkommensverhältnissen) erbringen. Dazu zählen z. B. Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Kinderabsetzbetrag, Pflegegeld.

bedarfsorientierte Leistungen = Leistungen, deren Gewährung vom Vorliegen einer festgestellten Bedürftigkeit abhängt, z. B.: Ausgleichszulage für Pensionisten, Notstandshilfe, Wohn- und Studienbeihilfen

ÜBUNGSBLATT 15

- 1..



2. individuelle Schülerlösung

ÜBUNGSBLATT 16

Waagrecht 1. Lohnstopp

4. Gesundheitspflege
5. Finanzpolitik
6. Wettbewerbspolitik
7. Inflation
8. Exportsubventionen
9. Steuern
12. Spekulationsblase
13. Gebietskoerperschaften
15. Wirtschaftskammern
16. Bundeslaender
18. Preisniveaustabilitaet
19. Bruttobudgetierung
20. EZB
21. China
22. Beschäftigungsverluste
23. Industrie
24. Schweden
26. Spezialisierung
27. Allokation
30. Waehrungsreform

Senkrecht

1. Alleinverdienerabsetzbetrag
3. Sozialversicherung
10. Deflation
11. Ordnungspolitik
14. Kostendruckinflation
17. Außenhandel
25. Landwirtschaftskammern
28. Offenmarktgeschaeft
29. Wertaufbewahrungsmittel
31. Allokationsfunktion
32. Stagflation

FOLGEN DER INFLATION

Verlust der Kaufkraft der Einkommen

Verzerrung der Verteilung

Substanzverzehr von Unternehmen

Tendenz zur Selbstbeschleunigung

Kapitalflucht und Wechselkurs

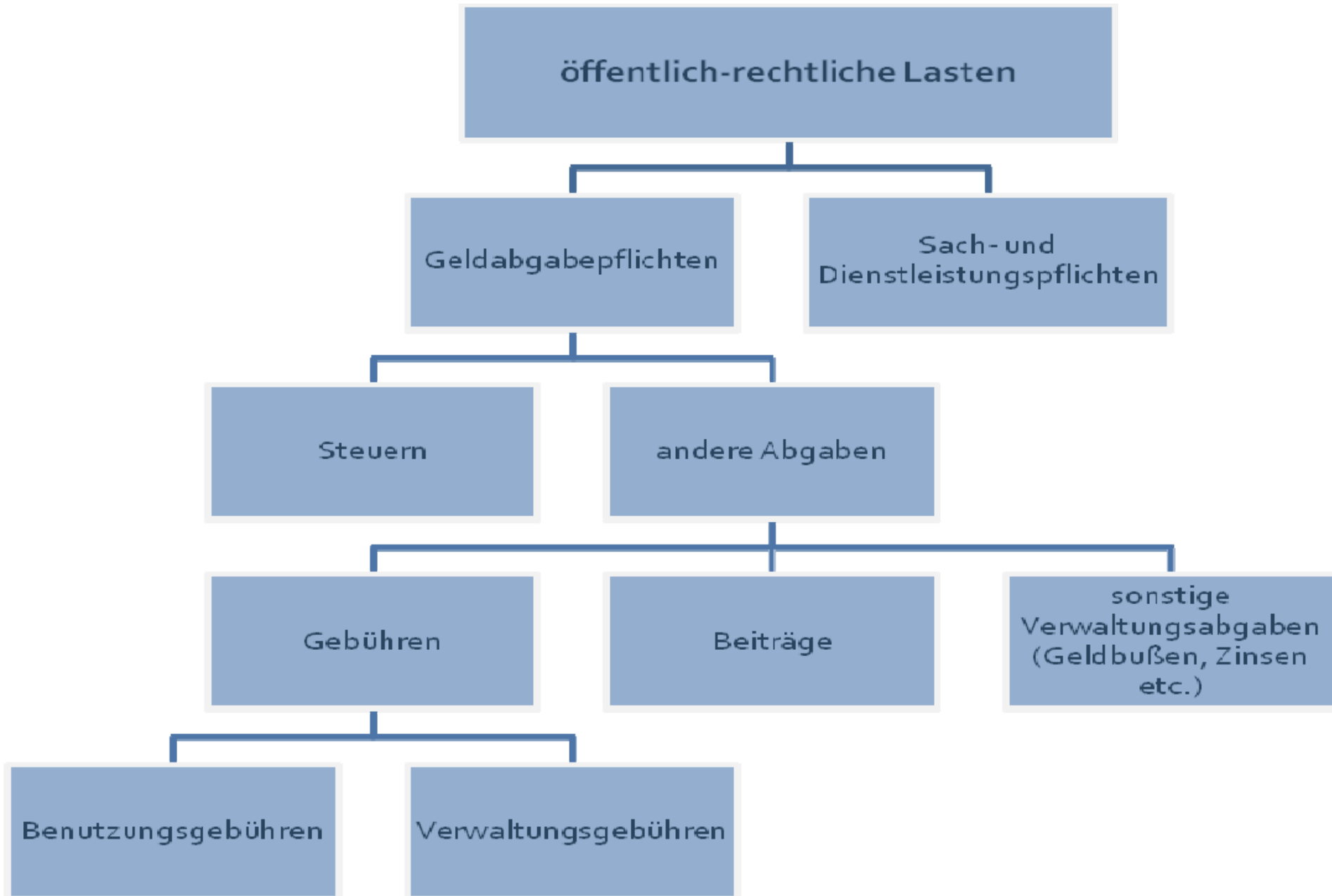
Beschäftigungsverluste

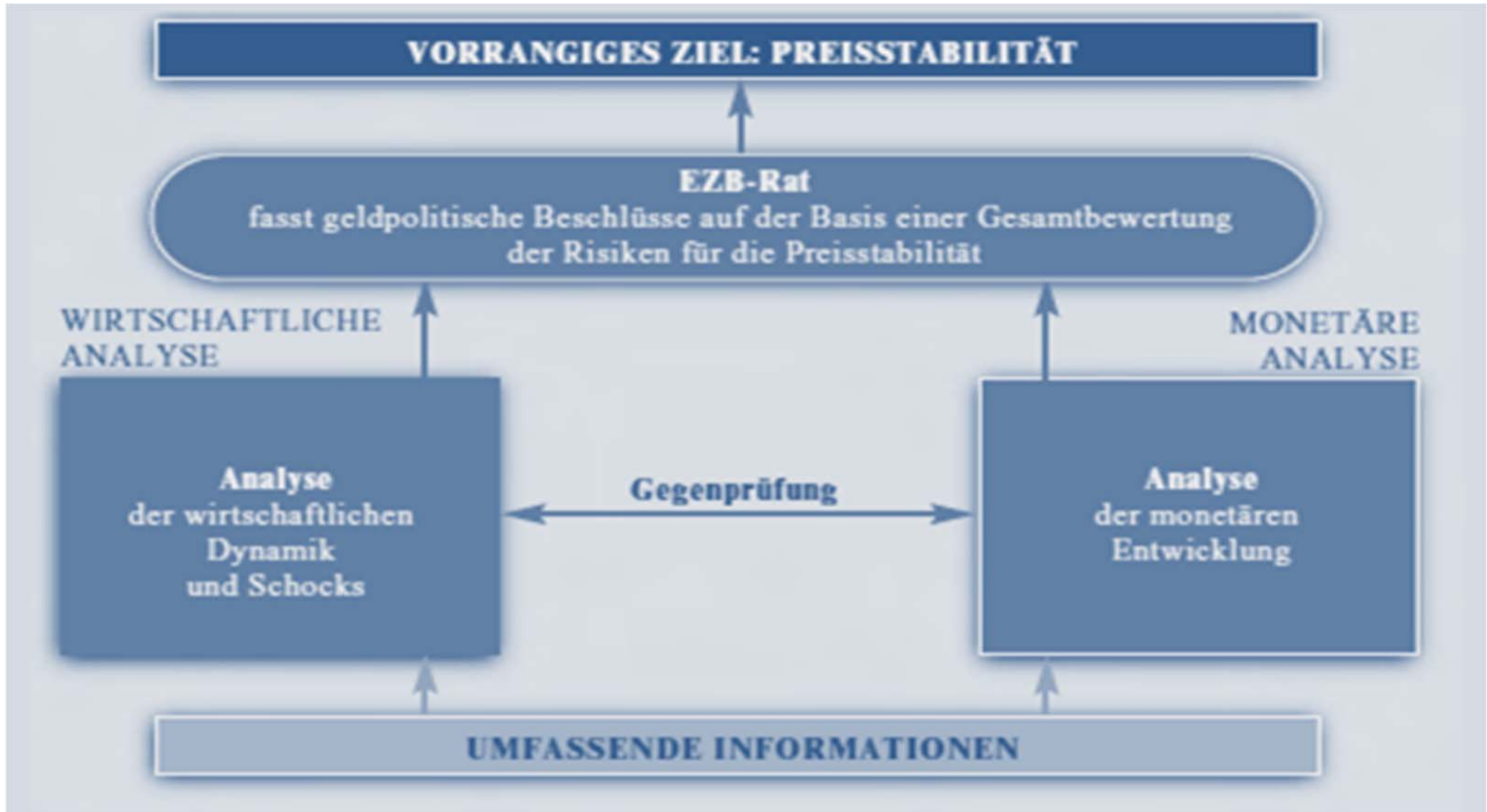
Verlust der Geldfunktionen

Anstieg der Schattenwirtschaft

Anstieg von Staatseingriffen







GELDPOLITISCHE GESCHÄFTE DES EUROSYSTEMS

Geldpolitische Geschäfte	Liquiditätsbereitstellung	Liquiditätsabschöpfung	Laufzeit	Rhythmus	Verfahren
Offenmarktgeschäfte					
Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Befristete Transaktionen	–	1 Woche	Wöchentlich	Standardtender
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Befristete Transaktionen	–	3 Monate	Monatlich	Standardtender
Feinsteuerungsoperationen	Befristete Transaktionen	Befristete Transaktionen	Nicht standardisiert	Unregelmäßig	Schnelltender
	Devisenswaps	Hereinnahme von Termineinlagen			Bilaterale Geschäfte
		Devisenswaps			–
	Endgültige Käufe	Endgültige Verkäufe	–	Unregelmäßig	Bilaterale Geschäfte
Strukturelle Operationen	Befristete Transaktionen	Emission von Schuldverschreibungen	Standardisiert/nicht standardisiert	Regelmäßig/unregelmäßig	Standardtender
	Endgültige Käufe	Endgültige Verkäufe	–	Unregelmäßig	Bilaterale Geschäfte
Ständige Fazilitäten					
Spitzenrefinanzierungsfazilität	Befristete Transaktionen	–	Über Nacht	Inanspruchnahme auf Initiative der EZB-Geschäftspartner	
Einlagefazilität	–	Einlagen	Über Nacht	Inanspruchnahme auf Initiative der EZB-Geschäftspartner	

